

Versenken Sie die Gemeinsame Fischereipolitik nicht - verwirklichen Sie ihr Potenzial

OKTOBER 2025



Während die Europäische Kommission ihre Evaluation der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) vorbereitet, **fordern Umweltverbände in Europa und dem Rest der Welt Entscheidungsträger: innen in der EU und den Mitgliedstaaten auf, die regulatorische Stabilität aufrechtzuerhalten und die effektive Umsetzung der bereits bestehenden Gesetze zu priorisieren.**¹ Die Bemühungen sollten sich darauf konzentrieren, wirksame Lösungen innerhalb der aktuellen EU-Rahmengesetzgebung zu entwickeln.

Eine bessere Umsetzung der GFP bietet unmittelbare sozialwirtschaftliche und regulatorische Vorteile. Sie sorgt für Stabilität und Planbarkeit für Fischer:innen und Küstengemeinden, verhindert jahrelange legislative Unsicherheit und ermöglicht es der EU, schneller auf Nachhaltigkeitsziele zu reagieren. Eine konsequente Durchsetzung kann die wirtschaftliche Resilienz in der

Fischerei fördern und gleichzeitig die Gesundheit der Ozeane wiederherstellen, ohne die Verzögerungen und Risiken, die mit einem vollständigen Reformprozess verbunden sind.

In der Praxis bedeutet dies weniger institutionelle Veränderung, Bürokratie und Unsicherheit - und einen größeren Fokus darauf, greifbare Ergebnisse vor Ort zu erzielen. **Die Herausforderung besteht darin, die Lücke zwischen den Verpflichtungen der GFP und der Realität der Umsetzung zu schließen, nicht darin, die GFP neu zu gestalten.**

Die Ergebnisse der Europäischen Umweltagentur (EUA) lassen keinen Raum für Zweifel: Im Jahr 2020 stellte sie fest, dass Überfischung, Beifang und Lebensraumzerstörung den Verlust der

marinen Biodiversität vorantreiben, wobei 90 % der Meeresgebiete Europas von menschlichen Aktivitäten beeinträchtigt werden.² Im Jahr 2025 stellt die EUA fest, dass ein „nicht nachhaltiger Fischereidruck“ in der EU aufgrund von „Umsetzungslücken“ fortbesteht. So gibt es beispielsweise Unstimmigkeiten beim Anrechnen von Rückwürfen auf die Fangquoten, die dazu beitragen, dass das Ziel der langfristig nachhaltigen Bewirtschaftung basierend auf dem Prinzip des höchstmöglichen Dauerertrags (MSY) nicht erreicht werden kann. Steigende Temperaturen, Verschmutzung und invasive Arten verstärken die Bedrohungen

in einem kritischen Maße.³ Auch das Weltwirtschaftsforum stuft den Verlust der Biodiversität und den Zusammenbruch von Ökosystemen - auch in den Ozeanen - als eines der schwerwiegendsten globalen Risiken des kommenden Jahrzehnts ein.⁴

Die GFP bleibt das stärkste Instrument der EU, um der Zerstörung der Meere etwas entgegenzusetzen. Es ist an der Zeit, die Verpflichtungen der GFP durch vollständige und konsistente Umsetzung zu erfüllen. Alles andere birgt das Risiko einer zunehmenden Bedrohung unserer Lebensgrundlagen, unserer Gesundheit und Wirtschaft.

Die Praxis zeigt: Die GFP ist effektiv und relevanter denn je.

Wo sie vollständig umgesetzt wird, hat sich die GFP als effektiv erwiesen: sie bringt echte, messbare Vorteile für die Meeresumwelt und für die, die auf gesunde Fischbestände angewiesen sind. Wo die Umsetzung

unzureichend war, überwiegt das Risiko für den Fortbestand von Fischbeständen und Fischereibetrieben.^{5,6}

Die GFP zielt darauf ab, die langfristige Nachhaltigkeit der Fischerei durch einen ökosystembasierten Ansatz und das Vorsorgeprinzip zu gewährleisten. Insofern tragen sie dazu bei, die Nahrungsmittelversorgung zu sichern, faire Lebensgrundlagen für Küstenfischer:innen zu gewährleisten und die langfristige Resilienz des Sektors zu stärken. Entscheidend ist,

Für die Ostsee können die Aussagen der Kommission nicht klarer sein: Solange die Mitgliedstaaten die EU-Gesetzgebung nicht vollständig anwenden und umsetzen, werden sich die Fischbestände nicht erholen.“⁷

¹ BirdLife International Europa und Zentralasien, ClientEarth, FishSec, Oceana, Our Fish, Seas At Risk, & WWF. (2021). Gemeinsame Fischereipolitik: Mission noch nicht erfüllt. <https://seas-at-risk.org/publications/common-fisheries-policy-mission-not-yet-accomplished/>

² EEA. (2020). Marine Botschaften II, Kursnavigation zu sauberen, gesunden und produktiven Meeren durch die Umsetzung eines ökosystembasierten Ansatzes, EEA Bericht Nr. 17/2019. Bericht der Europäischen Umweltagentur, Kopenhagen. <https://www.eea.europa.eu/publications/marine-messages-2/>

³ EEA. (2025). Europas Umwelt und Klima: Wissen für Resilienz, Wohlstand und Nachhaltigkeit (EEA Bericht Nr. 11/2025). <https://www.eea.europa.eu/en/europe-environment-2025/main-report>

⁴ Weltwirtschaftsforum. (2025). Der globale Risikobericht 2025 (20. Aufl.) <https://www.weforum.org/publications/global-risks-report-2025/digest/>

⁵ Europäische Kommission. (2023). Die gemeinsame Fischereipolitik heute und morgen: Ein Fischerei- und Ozeanpakt für eine nachhaltige, wissenschaftlich fundierte, innovative und inklusive Fischereiverwaltung (COM(2023) 103 final). <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:52023DC0103>.

⁶ Die Pew Charitable Trusts. (2021). Lehren aus der Umsetzung der gemeinsamen Fischereipolitik der EU: Gemischte Bilanz hebt die noch erforderlichen Schritte hervor, um die Wende zu einer besseren Verwaltung zu vollziehen. <https://www.pew.org/en/research-and-analysis/reports/2021/03/lessons-from-implementation-of-the-eus-common-fisheries-policy>

⁷ Europäische Kommission. (2024). Nachhaltige Fischerei in der EU: Stand der Dinge und Orientierungen für 2025 (COM(2024) 235 final). <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX:52024DC0235>

dass **die sozioökonomischen und umweltbezogenen Ziele der GFP voneinander abhängig sind und sich gegenseitig verstärken** - ein gesunder Ozean ist die Grundlage für die Wirtschaftlichkeit von Fischereien, und das nachhaltige Wirtschaften des Sektors ist entscheidend für florierende Küstengemeinden.

Der Beschluss zur GFP im Jahr 2013 war ein bedeutender Schritt für die Zukunft der Fischerei. Die Kommission berichtet, dass viele Teile der EU-Flotte profitabler geworden, die Arbeitsproduktivität zugenommen und der Status mehrerer Fischbestände sich verbessert haben.⁸ Allerdings waren die Erfolge ungleichmäßig verteilt. Wo die Umsetzung hinterherhinkte, waren auch

die ökologischen und sozioökonomischen Ergebnisse entsprechend schwächer.

Das bestätigen die Beschäftigungstrends: Obwohl die durchschnittlichen Löhne und die Produktivität gestiegen sind, ist die Gesamtzahl der Fischer:innen – insbesondere bei der Klein- und Küstenfischerei - zurückgegangen, was die fortschreitende Konsolidierung der Flotte und die negativen wirtschaftlichen Bedingungen in den Küstengemeinden widerspiegelt.⁹

Dies sollte als Beweis dafür angesehen werden, dass die Verordnung bei richtiger Umsetzung funktioniert. Eine gerechtere Verteilung der Fangquoten (Artikel 17)

	Biologische Indikatoren*		Wirtschaftliche Indikatoren**			Soziale Indikatoren**		
	Nordost-Atlantik (% der Bestände, die überfischt werden)	Mittelmeer (% der Bestände, die überfischt werden)	Bruttogewinn (in Mio. Euro)	Nettogewinnspanne (%)	Motorleistung (in Mio. kW, excl. GB)	Anzahl der aktiven Schiffe (in Tsd., ohne GB) ***	Vollzeit-äquivalente (in Tsd., ohne GB)	Durchschnittsgehalt pro VZÄ (in Tsd.EURO) ****
2013	40	70	1321	5	5.72	60.9	102.7	25.3
2023	22 (-45%)	51 (-27%)	1461 (+11%)	11 (+120%)	5.24 (-8%)	52.8 (-13%)	75.8 (-26%)	32.9 (+30%)

*Quelle: [STECF Adhoc 24-01](#). Fischpopulationen mit verfügbaren FMSY-Referenzpunkten. Das letzte Jahr mit verfügbaren Informationen für das Mittelmeer ist 2022.

**Quelle: [STECF 24-03 & 24-07](#). Wirtschaftliche Leistung der EU-Fischereiflotte (einige Daten ohne Griechenland), die Zahlen für 2023 basieren auf wirtschaftlichen Prognosen.

***[STECF \(2023\)](#). Prellezo, R., E. Sabatella, J. Virtanen, M. Tardy Martorell und J. Guillen (Hrsg.), Der jährliche Wirtschaftsbericht 2023 über die EU-Fischereiflotte (STECF 23-07), Ispra, Italien: Wissenschaftlicher Technischer und Wirtschaftlicher Ausschuss für Fischerei (STECF), S. 26-27 und Datenanhang; Paulrud, A., N. Carvalho, A. Borrello und A. Motova (Hrsg.) (2015), Der jährliche Wirtschaftsbericht 2015 über die EU-Fischereiflotte (STECF 15-07), Ispra, Italien: Wissenschaftlicher Technischer und Wirtschaftlicher Ausschuss für Fischerei (STECF), S. 46-47, 49, 75, 80.

****Diese Zahl ist für einen nuancierten Vergleich begrenzt, da sie die Lohnunterschiede zwischen der kleinen Küstenfischerei und großen Fischereiunternehmen sowie die Unterschiede in den Löhnen zwischen den EU-Ländern, insbesondere zwischen den nord- und südeuropäischen Ländern, außer Acht lässt.

⁸ Scientific, Technical and Economic Committee for Fisheries (STECF). (2024). The 2024 Annual Economic Report on the EU Fishing Fleet (STECF 24-03 and 24-07), Prellezo, R., Sabatella, E.C., Virtanen, J., Tardy Martorell, M. And Guillen, J. editor(s), Publications Office of the European Union, Luxembourg, 2024, doi:10.2760/5037826, JRC139642.

⁹ Kuepper, B. (2025). Machtstrukturen, die die EU-Fischerei prägen – Wie die politische Ökonomie die industrielle Fischerei gegenüber der kleinen, umweltschonenden Fischerei begünstigt, Amsterdam, Niederlande: Profundo, im Auftrag von Seas At Risk, BUND, Ecologistas en Acción und Sciaena. <https://seas-at-risk.org/publications/study-power-structures-shaping-eu-fisheries-how-the-political-economy-favours-industrial-over-small-scale-low-impact-fishing/>

und der ausgewiesene bevorzugte Zugang zu Küstengewässern für die Kleinfischerei (Erwägungsgrund 19) sind nur zwei Beispiele für bestehende Bestimmungen, die helfen können, diese Herausforderungen anzugehen, vorausgesetzt sie werden

vollständig um- und durchgesetzt. Die Priorität liegt nicht darin, die Regeln neu zu schreiben, sondern die Umsetzungslücken jetzt zu schließen, damit der gesamte Fischereisektor profitiert.

Die Umsetzung der GFP bringt echte Gewinne, spart Zeit und Geld.

Die Umsetzung der aktuellen GFP ist der wirksamste, einfachste und zeit-effizienteste Weg, um kurz- bis mittelfristig messbare Verbesserungen im Fischereimanagement und der Gesundheit der Meere zu erreichen. In dem aktuellen Streben der europäischen Institutionen nach Vereinfachung wäre es kontraproduktiv, einen langen und unsicheren Gesetzgebungsprozess zur Reform einer Verordnung zu initiieren. Denn bei korrekter Anwendung ist sie effizient in ihrer Wirkung.

Eine Überarbeitung würde hingegen Jahre der polarisierten Debatte und Lähmung der Umsetzungsprozesse auslösen, statt Fortschritte zu erzielen. Ein Reformprozess würde sich über mehrere Jahre erstrecken, gefolgt von jahrelangen Anpassungsprozessen auf nationaler Ebene. Zeitgleich würden Umsetzungsprozesse und Durchsetzungsmaßnahmen mit weniger Priorität verfolgt und somit ein Zustand von rechtlichem und regulatorischem Stillstand erzeugt.

Ein solches Vakuum würde ein abruptes Ende der positiven Entwicklungen in der Umsetzung erzeugen, zu einem Zeitpunkt, an dem entschlossenes Handeln dringend erforderlich wäre, um

die planetaren Krisen des Verlusts der Biodiversität, der Erdüberhitzung und Verschmutzung anzugehen. Auch die zunehmend schwierige sozioökonomische Situation der Kleinfischerei und der Küstenregionen benötigt den Fokus auf eine beherzte Umsetzung bestehender Regeln. Konzentrationsprozesse im Sektor und die wachsende Ressourcenknappheit bedrohen bereits jetzt ihre Existenz; Jahre des legislativen Stillstands würden die Situation nur verschlimmern.

Die Umsetzung bestehender EU-Gesetzgebung ist nicht nur eine rechtliche Verpflichtung gemäß den europäischen Verträgen - sie ist auch wirtschaftlich vorteilhaft und entscheidend für eine wettbewerbsfähige und florierende EU. Allein die vollständige Umsetzung der EU-Umweltschutzgesetze (ohne Berücksichtigung der Fischereigesetzgebung) könnte der EU-Wirtschaft jährlich rund 180 Milliarden Euro bei Gesundheits- und direkten Umweltkosten einsparen. Wo relevante Gesetze nicht umgesetzt und Ziele nicht erreicht werden, gehen Leistungen für die Umweltqualität, die menschliche Gesundheit und die Wirtschaft verloren.¹⁰

¹⁰ Europäische Kommission. (2025). 2025 Umweltumsetzungsbericht. Umweltumsetzung für Wohlstand und Sicherheit (COM(2025) 420 final). https://environment.ec.europa.eu/document/download/05a3b495-14b1-4e21-b12f-e90750a486ed_en?filename=COM_2025_420_F1_COMMUNICATION_FROM_COMMISSION_TO_INST_FR_V6_P1_4037868.PDF

Was wird benötigt? Ein integriertes Werkzeugset

1. Die Ziele der GFP bleiben von entscheidender Bedeutung

Das Erreichen der Ziele der GFP ist grundlegend wichtig für das Überleben der Fischerei. Sie sind vollständig kohärent mit den wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Verpflichtungen der EU und gehen effektiv auf die dringenden Herausforderungen in den Ozeanen ein. Es ist zudem möglich, die politischen Rahmenbedingungen der GFP durch nachgeordnete Instrumente und finanzielle Mittel zu stärken, ohne die GFP-Verordnung zu öffnen.

2. Die Um- und Durchsetzung der GFP und des verknüpften Regelwerkes stärken

Es bedarf eines konkreten Umsetzungsfahrplans mit messbaren Meilensteinen, dedizierten Ressourcen und verschärfter Rechenschaftspflicht - wie z.B. in einem Aktionsplan zur Umsetzung der GFP skizziert.¹¹

Das Anliegen der Vereinfachung von Regeln bzw. des Bürokratieabbaus darf nicht als Vorwand dienen, um bestehende Umweltziele und -verpflichtungen zu schwächen.

Eine Vereinfachung der Abläufe ist möglich durch:

- a. die konsequente Umsetzung der bereits vereinbarten, internationalen und europäischen Ziele und Vorgaben, einschließlich des Globalen Biodiversitätsrahmen von Kunming-Montreal (**Kunming-Montreal Global Biodiversity Framework, GBF**) von 2022, des UN-Hochseeschutzabkommens und des Pariser Klimaschutzabkommens, sowie der europäischen Gesetze und Strategien wie dem Gesetz zur Wiederherstellung der Natur, der überarbeiteten Fischereikontrollverordnung, der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie und den Strategien für Biodiversität und für die Anpassung an den Klimawandel.
- b. ein zuverlässiger Durchsetzungsrahmen, wie im Aktionsplan zur Umsetzung der GFP dargelegt.

Um die Einhaltung der GFP sicherzustellen, kommen zwei wichtige Instrumente zum Einsatz:

- a. Die Überarbeitung der **EU-Fischereikontrollverordnung**, im Jahr 2023, soll die Umsetzung der GFP erleichtern, unnötige administrative Belastungen reduzieren und ein gleiches Wettbewerbsumfeld in den Mitgliedstaaten fördern.

Dafür führte die Verordnung digitale Werkzeuge ein, die die Kontrollverfahren optimieren und die Berichtspflichten für die Betreiber:innen erleichtern. Beispielsweise werden die Anforderungen an elektronische Fangprotokolle, Tracking-Geräte und die Fernüberwachung Zeit einsparen und auch die Rückverfolgbarkeit und die Durchsetzungskapazität in der EU verbessern.

¹¹ ClientEarth. (2024). Gemeinsame Fischereipolitik – Bewertung: Antwort auf den Aufruf zur Beweiserbringung. https://www.clientearth.org/media/xtaigq43/clientearth_cfp-evaluation-response_september-2024.pdf

Durch den Rückbau manueller Prozesse und die Ermöglichung intelligenter, harmonisierter Kontrollen unterstützt diese Reform transparente Lieferketten für Fischereiprodukte und eine gerechtere Behandlung der Betriebe. Die meisten der neuen regulatorischen Bestimmungen werden zwischen 2026 und 2030 schrittweise eingeführt, um eine überschaubare und koordinierte Umsetzung in den Mitgliedstaaten zu gewährleisten. Dieses regulatorische Update bietet den politischen Entscheidungsträger:innen einen praktischen Weg, um Belastungen im Alltag der Umsetzung zu reduzieren, die Einhaltung des Regelwerks zu verbessern und die Fischereikontrollen in der EU zu modernisieren.

- b. Die Durchsetzung der **EU-Verordnung** zur Bekämpfung der illegalen, nicht gemeldeten, unkontrollierten Fischerei (IUU-Verordnung), in Verbindung mit der EU-Fischereikontrollverordnung, ist entscheidend, um sicherzustellen, dass Importe von Fischereiprodukten aus Drittländern, die auf den EU-Markt gelangen, denselben Kontrollen unterliegen und die gleichen Anforderungen erfüllen wie die Produkte der EU-Flotte. Um den EU-Fischereisektor vor unlauterem Wettbewerb zu schützen, sind einheitliche und strenge Kontrollen bei Importen erforderlich, insbesondere durch verbesserte Rückverfolgbarkeit für verarbeitete und konservierte Produkte sowie strengere Überprüfungen von Fangzertifikaten, insbesondere aus Hochrisiko-Ländern und Länder mit gelber Karte, d.h. Staaten, die von der Europäischen Kommission als nicht kooperierend bei der Bekämpfung der IUU-Fischerei eingestuft oder verwarnet wurden.

Die EU ist einer der größten Märkte für Fischereiprodukte weltweit, und über 70 % der in der EU konsumierten Meeresfrüchte werden importiert. Importe können aus Ländern stammen, die niedrigere Umwelt-, Sozial- und Arbeitsstandards haben, was die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Fischerei untergräbt und das Risiko einer nicht nachhaltigen Beschaffung erhöht, einschließlich illegaler, nicht gemeldeter und unregulierter (IUU) Fischerei und Verletzungen der Arbeitsrechte.

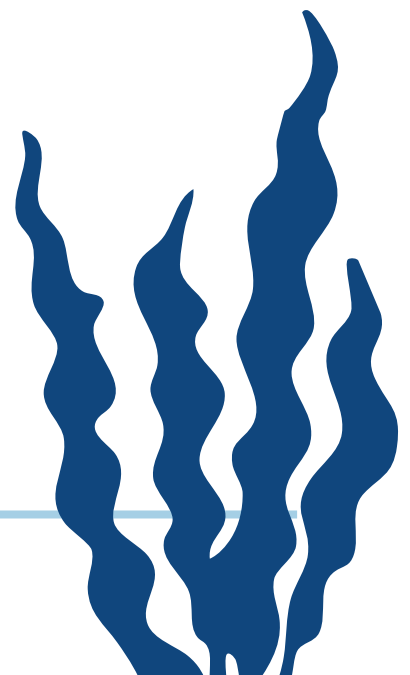
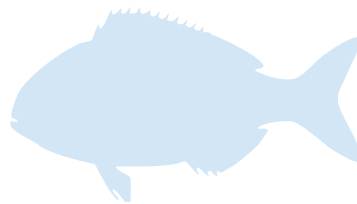
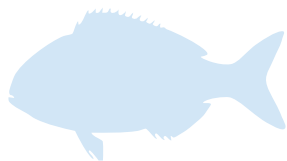
3. Synergien schaffen und laufende politische Verhandlungen nutzen, z.B. zur Ausarbeitung des Europäische Pakts für die Meere, der Gemeinsamen Marktorganisation (CMO) für Erzeugnisse der Fischerei und der Aquakultur und dem Mehrjährigen Finanzrahmen der EU (MFR)

Neue Gesetze und Politikinstrumente sind bereits auf dem Weg. Durch die Konzentration aller Bemühungen auf eine effektive Umsetzung und gezielte Verbesserung dieser unterstützenden Instrumente können die politischen Entscheidungsträger:innen einen echten und zeitnahen Unterschied für die Meere bewirken:

- a. **Der EU-Pakt für die Meere und entsprechende gesetzgebende Instrumente können die Kohärenz in der EU-Meerespolitik stärken**, indem sie die Umsetzung eines ökosystembasierten Fischereimanagements, den Meeresschutz und die Wiederherstellung der Ökosysteme untermauern. Das sollte sowohl die nationalen, als auch die internationalen Regeln für Fangflotten und Schutzvorkehrungen umfassen. Zukünftige Gesetzgebungsprozesse

sollten auch den Übergang zu nachhaltigeren Fischereipraktiken langfristig unterstützen, indem sie sowohl die Nachhaltigkeit der Fischbestände sowie die wirtschaftlichen und sozialen Dimensionen berücksichtigen.

- b. Die aktuelle Bewertung und mögliche Überarbeitung der Gemeinsamen Marktorganisation (CMO) kann dazu beitragen, die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Fischereiindustrie zu verbessern, indem sie faire Wettbewerbsbedingungen für alle innerhalb der CMO-Verordnung vermarkteten Produkte fördert. Die Verordnung kann auch die Markttransparenz und Produktinformationen verbessern und somit den Appetit von Verbraucher:innen auf verantwortungsvoll beschaffte EU-Produkte steigern.
- c. Die Überarbeitung des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) kann helfen, strukturelle Ungleichgewichte im Sektor zu korrigieren sowie die Diversifizierung und Resilienz der Küstenregionen zu unterstützen. Der Finanzrahmen muss zukünftige Investitionen auf die Ziele des Klima- und Biodiversitätsschutzes ausrichten und schädliche Subventionen umleiten. Die Mitgliedstaaten sollten auch die verfügbaren EU-Mittel vollständig nutzen, um eine nachhaltige Versorgung mit Fischereierzeugnissen für die EU-Verbraucher:innen zu erzielen. Dazu gehören Investitionen in die Wiederherstellung der Fischbestände, sowie die Verbesserung des Marketings von Fischereiprodukten, um einen vielfältigen und nachhaltigen Konsum von EU-Fischereierzeugnissen (einschließlich Arten, die leicht verfügbar, aber weniger nachgefragt sind). Inbegriffen sind auch Förderungen, die die Annahme kosteneffizienter Technologien zur Überwachung und Kontrolle der Fischerei sowie die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Gesundheits- und Umweltvorteile von verantwortungsvoll produzierten Fischereiprodukten.



Kontaktinformationen

Baltic Salmon Fund & Östersjölaxälvar i samverkan: Thomas Johansson, Secretary General & Chairman, thomas@balticsalmonfund.com

BalticWaters: Amanda Öberg, Fisheries Policy Analyst, Amanda.oberg@balticwaters.org

BirdLife Europe: Cyrielle Goldberg, Marine Policy Officer, cyrielle.goldberg@birdlife.org

BLOOM: Alessandro Manzotti, Advocacy Officer, alessandromanzotti@bloomassociation.org

Blue Marine Foundation: Elisabeth Druel, EU Project Manager, elisabeth@bluemarinefoundation.com

Blue Ventures: Elsa Pullman, Senior European Campaigns Advisor, elsa.pullman@blueventures.org

BUND: Valeska Diemel, Fisheries Policy Officer, Valeska.diemel@bund.net

ClientEarth: Bellinda Bartolucci, Senior Legal Expert, Marine Ecosystems, bbartolucci@clientearth.org

Coalition Clean Baltic: Aimi Hamberg, Marine Policy Officer, aimi.hamberg@ccb.se

Deutsche Stiftung Meeresschutz (DSM): Iris Ziegler, Head of Fisheries Policies and Ocean Advocacy, iris.ziegler@stiftung-meeresschutz.org

Deutsche Umwelthilfe (DUH): Lioba Schwarzer, Team Lead Oceans, schwarzer@duh.de

Ecologistas en Acción: Cecilia del Castillo, Fisheries Policy Officer, pesca@ecologistaenaccion.org

Environmental Justice Foundation: Sean Parramore, Senior EU Advocacy Officer, sean.parramore@ejfoundation.org

FishSec: Cathrine Pedersen Schirmer, Senior Fisheries Policy Officer, cathrine@fishsec.org

MedReAct: Domitilla Senni, Executive Director, domitilla.senni@medreact.org

Natur och Miljö: Jonas Heikkilä, Acting Operations Manager, jonas.heikkila@naturochmiljo.fi

North Sea Foundation: Merel den Held, Project Lead Nature & Sustainable Fisheries, m.denheld@noordzee.nl

The Nature Conservancy: Grace Howe, Senior Associate, Fisheries Policy, Grace.Howe@TNC.org

Oceana: Arielle Sutherland-Sherriff, Policy Advisor, asutherland@oceana.org

Pasaules Dabas Fonds: Magda Jentgena, Baltic Sea and Freshwater Programme Manager, mjentgena@pdf.lv

Sciaena: Gonçalo Carvalho, Executive Coordinator, gcarvalho@sciaena.org

Seas At Risk: Bruno Nicostrate, Senior Fisheries Policy Officer, bnicostrate@seas-at-risk.org

Seastemik: Esther Dufaure & Maxime de Lisle, co-founders, co-General Directors and co-Director general, esther@seastemik.org & maxime@seastemik.org

SharkProject: Niclas Müller, International Cooperation, n.mueller@sharkproject.org

Suomen luonnonsuojeluliitto (Finnish Association for Nature Conservation): Tapani Veistola, Executive Director, tapani.veistola@sll.fi

The Sustainable Water Network (SWAN): Emma Armshaw, Marine and Coastal Policy Officer, earmshaw@swanireland.ie

Whales and Dolphin Conservation (WDC): Marine Perrin, Public Affairs Advisor, marine.perrin@whales.org

WWF European Policy Office: Laure Guillevic, Ocean Policy Officer, lguillevic@wwf.eu